

Kommentar zur Zeit

Mehr Ethik, Demokratie und Diplomatie gegen Moralismus, Autokratie und Feindseligkeit

Die Jahresberichte 2022 von Amnesty International über die Situation der Menschenrechte und der globalen Demokratieagentur International in Stockholm zum Stand der Demokratie sind ernüchternd: Die Freiheitsrechte und die demokratischen Staatsformen sind weltweit gefährdet. Totalitäre Regierungen sind auf dem Vormarsch, gravierende Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung, im Krieg zwischen Staaten, aber auch innerhalb einzelner Länder. Der Überfall Russlands auf die Ukraine bildet hierfür ein schlagendes Beispiel.

Aufhorchen lassen die beiden Berichte auch, weil die individuellen Freiheitsrechte selbst in stabilen Demokratien zunehmend missachtet werden. Die internationalen und nationalen Entwicklungen entsprechen sich spiegelbildlich. Politik und Wirtschaft in einzelnen Ländern und zwischen Ländern bewegen sich Richtung Autokratie. Sergio Ermotti, der neue CEO der Bank UBS, hat diese Dynamik mit seinem Ausspruch, das Problem international tätiger Banken bestehe nicht darin, «too big to fail» zu sein, sondern «too small to survive», auf den Punkt gebracht. Man könnte auch sagen: «The bigger the better.» Nach diesem Prinzip entstehen nicht nur immer grössere Banken, sondern es findet auch eine zunehmende politische Machtausdehnung einzelner Personen statt. Demokratisch verbrieft Grundrechte werden mit Berufung auf «Krisen», die teilweise voraussehbar waren, zur Makulatur und mittels Notrechts ausgehebelt. Verträge werden geheim gehalten. Präsidentinnen und Präsidenten von Ländern und öffentlichrechtlichen Organisationen handeln eigenmächtig und selbstgefällig an der Bevölkerung vorbei. Gekonnt verwenden sie dank finanzieller Unterstützung ihrer Lobbygruppen die Techniken der Verhaltenssteuerung der Öffentlichkeit mittels vieler willfähriger Journalistinnen und Journalisten, die längst selbst von dieser feudalistischen Entwicklung erfasst worden sind. Auch bei den Medien gilt heute die Devise «Je grösser, desto besser».

Wer sich den Grossen widersetzt, ist «too small to survive», sei dies politisch, wirtschaftlich oder gesellschaftlich, und in gewissen Staaten steht sogar das Leben auf dem Spiel. Auch von den Gerichten werden die Kleinen alleingelassen. Treffend schrieb dazu Stefan Herwig in seinem Kommentar in der «NZZ» vom 8. März 2023: «Die Grundrechte haben in der Pandemie versagt.» Problematisch erscheint aber seine Äusserung, es sei unfair, von den Gerichten in aufgeheizten Situationen zu verlangen, dass sie sich dem Mehrheitswillen in voller Breite entgegenstemmen. Auch sie würden «Recht sprechen im Geiste ihrer Zeit». Nein, ein Gericht in einem demokratischen Rechtsstaat muss sich zwingend am Menschenwürde- und Autonomieanspruch jeder Person und ihren Menschenrechten orientieren. Aufgeheizte Situationen sind der Prüfstand für den Rechtsstaat.

Alarmierend erscheint, was Agnès Callamard, die Generalsekretärin von Amnesty International, in der Sendung «Echo der Zeit» auf SRF 1 am 28. März 2023 sagte: «Weltweit stehen die Menschenrechte gewaltig und in wachsender Masse unter Druck.» Sie zeigte eindrücklich auf, dass damit das Völkerrecht und die ganze Weltordnung zur Debatte stehen. Selbst die Weltgesundheitsorganisation (WHO) nennt in ihrem neusten Entwurf zur Pandemiebekämpfung als regulierendes Prinzip nicht die Menschenwürde und die Menschenrechte, sondern «Equity» als übergeordnete Zielsetzung. Der Respekt gegenüber den Menschenrechten wird der Equity als regulierendes Prinzip «unter anderen» (inter alia) untergeordnet.

Die Welt befindet sich mit diesen Entwicklungen in ihrer grössten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Denn international wurde das Völkerrecht nach den Gräueltaten des Zweiten Weltkrieges als Weltordnung installiert und von allen Ländern als Handlungsprinzip zumindest auf dem Papier akzeptiert. Der universelle Anspruch auf Menschenwürde und Menschenrechte sollte sich der «Rationalität des Bösen» für immer entgegenstemmen. Jetzt steht genau dieses Bollwerk gegen das Böse zur Disposition.

Der Anspruch auf Menschenwürde verbietet es, Menschen zu instrumentalisieren, und begründet auch ihr Recht auf physische, psychische und soziale Integrität. Er bildet die Grundlage jeglicher Rechtsstaatlichkeit. Jeder persönliche, organisationale, nationale und internationale Dialog basiert auf diesen ethischen Voraussetzungen. Daraus folgen weitere ethische Ansprüche, wie das Recht auf informierte Zustimmung und die Befähigung, gesellschaftliche Rahmenbedingungen umzusetzen. Doch all diese Ansprüche werden nur dann umgesetzt, wenn die Menschen auch bereit sind, die Menschenwürde und die Menschenrechte und die dar-

aus abgeleiteten Gesetze zu respektieren. Der Wille dazu entspringt einer Haltung des Respekts anderen Menschen gegenüber. Er erodiert zurzeit mit grosser Geschwindigkeit. In jüngster Zeit wird die Bevölkerung von den politischen Verantwortlichen über wichtige Verträge – wie soeben bei der Übernahme der Bank Credit Suisse durch die Bank UBS oder mit den Pharmafirmen – nicht informiert. Vertragsabschlüsse über Milliardenbeträge können per SMS getätigt und dann als «gelöscht» vor der Öffentlichkeit geheim gehalten werden. Schweigen herrscht auch über mögliche Akteure, welche die Nord-Stream-Gaspipelines gesprengt haben.

Die Respektlosigkeit gegenüber der Bevölkerung geht noch viel weiter, denn diese wird direkt belogen, wie z. B. mit der Aussage, die Bank Credit Suisse erfülle «die an systemrelevante Banken gestellten Anforderungen an Kapital und Liquidität» ein paar Tage vor ihrer Übernahme durch die Bank UBS oder mit den Versicherungen bezüglich der Sicherheit der Corona-Impfstoffe. Die Bevölkerung kann sich aufgrund der fehlenden Information kein eigenes Bild über das Handeln der politischen Akteure und die sie zum Teil existentiell betreffenden Situationen machen. Die Respektlosigkeit vergiftet auch die Beziehungen zwischen den Ländern, wenn z. B. «Zusagen» schon eine Woche später wieder gebrochen werden und «Friedenverträge» sich im Nachhinein als rein strategische Machtinstrumente herausstellen.

Autokraten setzen ihre persönlichen Moralvorstellungen gegenüber der Bevölkerung durch. Sie gehen davon aus, dass ihre Sichtweise richtig und für die Bevölkerung gut ist. Oft tun sie dies nach bestem Wissen und Gewissen und sogar mit guten Absichten. Doch gut gewollt, ist nicht immer gut getan. Nur weil autokratisches Handeln unter Umständen zu guten Ergebnissen führen kann, wird es dadurch noch nicht legitimiert. Denn Autokraten verwechseln Moral mit Ethik. Ethik als die Wissenschaft von der Moral basiert im Sinne einer Metamoral auf der Menschenwürde und den Menschenrechten. Ethik ist das verallgemeinerte Grundprinzip der demokratischen Rechtsstaatlichkeit, während Moralvorstellungen relativ und rechtsstaatlich begrenzt sind. Sie sind geronnene Wertvorstellungen einer bestimmten Wertegemeinschaft. Ihre Verallgemeinerbarkeit muss sich an der Menschenwürde und den Menschenrechten messen lassen und sich im demokratischen Prozess bewähren.

Wer demokratische Prozesse aufgrund von individuellen Moralvorstellungen übergeht, wird zum Moralisten. Diese missachten, bekämpfen und diffamieren Menschen mit anderen Einschätzungen von Fakten oder anderen Wertvorstellungen. Der Autokrat ist ein Moralist, der zu Feindseligkeit anderen Menschen gegenüber neigt. Im Gegensatz zur Moral, die das Gute zu erkennen meint, ist die Ethik der Suche nach dem guten Leben für alle Menschen auf diesem Planeten verpflichtet. Ethik steht ein für die Vielfalt an Lebensentwürfen und Moralvorstellungen. Dazu gehört auch die Bereitschaft, eigene Wertvorstellungen und eigenes Handeln kritisch zu hinterfragen und gemeinsam mit anderen Menschen auf Augenhöhe nach dem für eine Situation in der Gegenwart und im Hinblick auf zukünftige Generationen guten Leben zu suchen. In der Beziehung mit anderen Ländern und ganz allgemein zwischen den Menschen entstehen dadurch ethische Dilemmasituationen nicht nur aufgrund von unterschiedlichen Wertvorstellungen, sondern auch von Interessenskonflikten. Bei diesen und auch bei tatsächlichen und potenziellen Fremdgefährdungen steht das verhältnismässige Handeln im Fokus, um welches gemeinsam friedlich gerungen werden muss.

Mit dem Vormarsch der Autokraten nehmen auch der Moralismus und die Feindseligkeiten zwischen den Menschen bis hin zum Krieg zu und nehmen Demokratien und Friedensinitiativen ab. Autokratie und Moralismus sind einfältig – im doppelten Sinn des Wortes – und lebensfeindlich. Monokultur ist widernatürlich und widermenschlich. Mensch und Natur zahlen dafür einen hohen Preis. Diesen autokratischen Entwicklungen entgegenhalten lässt sich nur mit der Bereitschaft, Verantwortung für den Schutz der Menschenwürde und der Menschenrechte zu übernehmen, für die Grundrechte einzustehen und so gemeinsam friedliche Bürgerenergie zu entwickeln. National und international braucht es mehr Ethik, Demokratie und Diplomatie gegen Moralismus, Autokratie und Feindseligkeit.

Dr. theol. Ruth Baumann-Hölzle
Institutsleiterin

4. April 2023